

DIE LINKE. Kreistagsfraktion Pinneberg

Claus-Peter Matetzki  
Fraktionsvorsitzender**Gemeinsame Presserklärung von  
Kreisverband und Fraktion**Gösselstieg 25  
25462 Rellingen  
Telefon 04101 / 590 604  
[cp@matetzki.de](mailto:cp@matetzki.de)Bankverbindung:  
Sparkasse Südholstein  
BLZ: 230 510 30  
Kto.: 1515 34 22

Rellingen, den 18.02.2009

**Beendet das Abenteuer ÖPP****Die von der SPD geforderte Aussetzung des Bauleitverfahrens reicht nicht.**

Die Idee, ein neues Kreishaus in einer so genannten ÖPP zu realisieren, ist schon gescheitert. In den letzten Tagen und Wochen sind die unkalkulierbaren Risiken offensichtlich geworden:

Der Investor weigert sich eingegangene Verpflichtungen zu erfüllen. Die Zusage, für die notwendige Infrastruktur zu sorgen, gilt plötzlich nicht mehr. Er, der Investor, habe sich verkalkuliert, und die Allgemeinheit müsse für seinen Fehler aufkommen. Dies lässt Schlimmstes für die Zukunft ahnen.

Wichtige, für die Erteilung einer Baugenehmigung notwendige Gutachten zu Schallschutz, Elektrosmog sowie naturschutzrechtlichen Belangen hat der Investor, obwohl ihm schon vor nahezu einem Jahr der „Zuschlag“ erteilt wurde, nicht rechtzeitig beigebracht, sondern nach eigener Aussage bisher erst in Auftrag gegeben.

Der Investor hat „Finanzierungsprobleme“ und erhält notwendige Kredite wegen fehlender Bürgschaften nicht. Selbst wenn er dieses Problem zu lösen vermag, drängt sich die Frage auf, was geschieht wenn ein ÖPP-Investor insolvent wird.

Das aber sind nur die sichtbar gewordenen Konstruktionsfehler. Allein die Möglichkeit, es könnten Betriebsgeheimnisse des „privaten Partners“ seiner Konkurrenz bekannt werden, verpflichtet den „öffentlichen Partner“ zur Geheimhaltung der Vertragsbedingungen. Selbst für die gewählten Vertreter, die Abgeordneten in Kreistag und Stadt- und Gemeinderäten, bleiben die Verträge unter Verschluss. Damit aber entzieht sich eine ÖPP jeder öffentlichen, demokratischen Kontrolle.

Die Forderung der Pinneberger SPD, das Bauleitverfahren so lange auszusetzen „bis der städtebauliche Vertrag unterzeichnet ist und bis alle für das Verfahren erforderlichen Unterlagen vorliegen und bewertet sind“ ist ein Schritt in die richtige Richtung. Das aber langt nicht.

DIE LINKE fordert grundsätzliche Abkehr von ÖPP und Rückkehr zur Verantwortung für die Menschen im Kreis und das Ende der Verschleuderung unseres Allgemeinvermögens.